

Beschluss des Landesparteitages der Partei Die Linke Thüringen
vom 14. bis 15. Juli 2025 in Ilmenau.

Verantwortung übernehmen – Antisemitismus klar benennen, Schutz jüdischen Lebens stärken

1. Der Landesverband Thüringen sieht nach dem Beschluss des Bundesparteitags vom 10. Mai 2025 zur „Jerusalem Erklärung“ (JDA) als Grundlage zur Definition von Antisemitismus die Notwendigkeit einer geordneten Debatte innerhalb unserer Partei und bekräftigt den Beschluss des Parteitags in Halle vom Oktober 2024:

„Als Linke stehen wir gemeinsam und entschieden gegen jede Form des Antisemitismus und Rassismus – unabhängig davon, von welcher politischen und weltanschaulichen Richtung er ausgeht. Wir stehen für eine Politik, die jüdische Menschen konsequent schützt.“

2. Wir fordern den Bundesvorstand auf, auf Grundlage dieses Beschlusses auf die jüdische Gemeinschaft, Verbände und Vereine zuzugehen, um verlorenes Vertrauen wieder aufzubauen.

3. Wir stellen fest, dass es auch ohne den Beschluss auf dem Bundesparteitag in Chemnitz möglich war und ist die Kriegsführung der israelischen Regierung in Gaza zu kritisieren. Der Kampf gegen jeden Antisemitismus durch die klare Benennung des Existenzrechts Israels und die Sichtbarkeit für das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung zu schaffen, sind kein Widerspruch.

4. Wir wollen in Thüringen, und fordern den Bundesvorstand auf, Fachgespräche zu initiieren, die einen offenen Austausch mit Vertreterinnen jüdischer Gemeinden, zivilgesellschaftlicher Initiativen, Wissenschaft sowie auch Kritikerinnen des Parteitagsbeschlusses ermöglichen. Ziel ist ein reflektierter Umgang mit Antisemitismus in seiner ganzen Komplexität unter Beachtung und Beteiligung der Betroffenenperspektive.

5. Für den Landesverband Thüringen gilt:

- Die Zusammenarbeit mit Personen oder Organisationen, die den Terror der Hamas vom 7. Oktober 2023 relativieren, leugnen oder glorifizieren, ist mit den Grundsätzen der Partei unvereinbar.
- Eine Partnerschaft mit Organisationen, die Antisemitismus unter dem Deckmantel des Antizionismus vertreten, lehnen wir entschieden ab.

- Wir bekennen uns zur Notwendigkeit, Antisemitismus in all seinen Formen zu erkennen, klar zu benennen und aktiv zu bekämpfen – unabhängig von Herkunft, Kontext oder politischer Rahmung.

Unser Maßstab ist die Menschlichkeit.

Wir stehen gegen jeden Antisemitismus und Rassismus.

Wir verurteilen den mörderischen Terror der Hamas und kritisieren zugleich die unverhältnismäßige Kriegsführung der israelischen Regierung, die nach Einschätzung zahlreicher Menschenrechtsorganisationen gegen das Völkerrecht verstößt.

Kritik an Regierungspolitik darf niemals antisemitische Stereotype bedienen oder das Existenzrecht Israels infrage stellen.